



NEWSLETTER

# NORD|SÜD *news* II/2018



Streikrecht unter Beschuss: Generalstreik in Griechenland

Strategien des Arbeitskampfes

## Angriff auf das Streikrecht

**Vierorts sehen sich Arbeitnehmer\_innen gezwungen, gegen unzureichende Arbeitsbedingungen zu protestieren und zu kämpfen. Arbeitgeber\_innen wollen ihnen jedoch die stärkste Waffe nehmen: das Streikrecht.**

Südafrika tut es, Indien und Griechenland auch – und das sind nur drei willkürlich herausgegriffene Beispiele für Länder, die derzeit das Streikrecht angreifen. Dem aktuellen Globalen Rechtsindex des Internationalen Gewerkschaftsbunds (IGB) zufolge arbeiten Regierende und Unternehmer\_innen in 115 von 139 untersuchten Staaten weltweit daran, Gewerkschaften und Beschäftigten dieses Kampfmittel zu nehmen. Manchmal geht es dabei um einzelnen Branchen, in Indien etwa um bestimmte Banken. In vielen Ländern

sind es der öffentliche Dienst, Lehrer\_innen oder Krankenpfleger\_innen. Manchmal soll das Recht zu streiken aber auch für alle eingeschränkt werden wie in Südafrika.

In Europa ist Griechenland das derzeit bekannteste Beispiel dafür. Seit den Auflagen der internationalen Geldgeber\_innen haben zigtausende Menschen ihren Job verloren. Wer noch angestellt ist, verdient weniger als früher. Zu den wenigen Mitteln, die den Griech\_innen bleiben, um sich zu wehren, zählten bislang Arbeitskämpfe und Streiks. Doch die Auflagen der sogenannten Troika schränken sie dabei immer weiter ein. Im Januar erklärte der griechische Ministerpräsident Alexis Tsipras, künftig seien Arbeitsniederlegungen nur dann legal, wenn mehr als die Hälfte der Gewerkschaftsmitglieder

Weiter auf Seite 2



Inhalt

### Strategien des Arbeitskampfes

- | Angriff auf das Streikrecht ..... S. 1f
- | Kommentar: Streik im 21. Jahrhundert – vielfältig und unverzichtbar ..... S. 3
- | Vietnam: Im Land der „wilden Streiks“ ..... S. 4
- | Griechenland: Generalstreik? Aber ja! ..... S. 5
- | Deutschland: „Diese Spaltung schwächt die Kampfkraft der Gewerkschaften“ ..... S. 6

### Aus den Projekten

- | Gewerkschaften stützen inhaftierten Lula da Silva ..... S. 7

### In Kürze

- | Erster Atlas der Arbeit; Migration leichter gemacht; Neuer ILO-Standard gefordert; Filmtipp: Kolyma; Vorbereitung für L-20 ..... S. 8

Fortsetzung von Seite 1

zustimmt. Zuvor reichten 20 Prozent, in einigen Fällen der Beschluss der Gewerkschaftsmitglieder des betroffenen Betriebs (siehe Seite 5).

In Vietnam dagegen dürfen die Beschäftigten zwar theoretisch streiken, praktisch sind aber die Auflagen für eine legale Arbeitsniederlegung so hoch, dass sie nie erfüllt werden können (siehe Seite 4). Oder die Unternehmen sanktionieren Beschäftigte, die am Streik teilgenommen haben, und Gewerkschaften nachträglich. Der Stahlkonzern ArcelorMittal etwa beschäftigte 2017 Zeitarbeiter\_innen, die bei einem Streik eine Zeche in Kasachstan besetzt hatten – und eine Lohnerhöhung um 30 % erreicht hatten – einfach nicht mehr weiter. Und er überzog die Organisationen mit Klagen – trotz einer gegenteiligen Vereinbarung mit Gewerkschaften und Behörden. In Indonesien können Polizei und Militär seit Anfang 2018 beim „Umgang“ mit „konfliktträchtigen Situationen wie Protesten und Arbeitsstreiks“ kooperieren. In Kenia machten Transportarbeiter\_innen vor drei Jahren die Erfahrung, wie das aussehen kann, als sie bei einer Straßenblockade von Polizist\_innen und Soldat\_innen mit Schusswaffen angegriffen wurden.

---

*„Der Druck auf die Arbeitnehmer\_innen steigt. So bleibt ihnen nichts anderes übrig, als auf die Straße zu gehen und für ihre Rechte zu kämpfen.“*

---

Der Globale Rechtsindex mache deutlich, dass die Interessen der Unternehmen den Interessen der arbeitenden Menschen in der globalisierten Wirtschaft übergeordnet seien, beklagt der IGB.

Das sieht auch Carolin Vollmann so, die beim Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) für internationale und europäische Gewerkschaftspolitik zuständig ist: „Die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten verschlechtern sich, der Druck auf die Arbeitnehmer\_innen steigt.“ So bleibe ihnen „nichts anderes übrig, als auf die Straße zu gehen und für ihre Rechte zu kämpfen“. Doch das sei immer weniger möglich.

Auf internationaler Ebene gibt es Standards, die Arbeiter\_innen ermöglichen, sich gegen schlechte Arbeitsbedingungen zu wehren und Veränderungen einzufordern. Die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) sichern den Arbeiter\_innen ausdrücklich das Recht zu, sich zu organisieren und gemeinsam ihre Interessen zu vertreten. Damit ist laut Vollmann auch das Recht zu streiken dort fest verankert. Konkret beziehen sich die Gewerkschaften auf die ILO-Konventionen Nr. 87 über die Vereinigungsfreiheit und Nr. 98 über das Recht zu Kollektivverhandlungen. Bis 2012 galt diese Auslegung, die sich auch in der Rechtsprechung wiederfindet, als unumstritten. Doch seitdem haben sich die Arbeitgeber\_innenvereinigungen zur Aufgabe gemacht, sie zu Fall zu bringen.

Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, BDA, erklärt auf Anfrage, das Recht, Arbeitskampfmaßnahmen zu ergreifen, sei bereits ausreichend anerkannt. Die Organisation ist Mitglied der Internationalen Arbeitgeberorganisation IOE und bezieht sich auf die gleichen ILO-Konventionen wie die Gewerkschaften. Ein ausdrückliches Streikrecht sei damit aber – so die Arbeitgeber\_innensicht – nicht gemeint. Die Arbeitgeber\_innen wollen stattdessen allein nationale Regelungen gel-

ten lassen. Das Streikrecht werde nicht in den ILO-Übereinkommen geregelt, sondern in den spezifischen legislativen Verfahren und Praktiken auf nationaler Ebene, die von den Staaten festgelegt würden.

---

*Die Debatte um die Interpretation und die Anerkennung des Streikrechts innerhalb der ILO-Kernarbeitsnormen ist seit Jahren verfahren.*

---

„Diese Position hat die IOE in der Vergangenheit vertreten und sie vertritt sie unverändert auch heute“, so die BDA. Innerhalb der IOE beharren vor allem Deutschland und Großbritannien auf diesem Standpunkt. Die Debatte um die Interpretation und die Anerkennung des Streikrechts innerhalb der ILO-Kernarbeitsnormen ist seit Jahren verfahren. Mehrfach landete das Thema und die Stärkung von Arbeitnehmer\_innenrechten auf der Agenda des unabhängigen Expert\_innenrats der ILO. Dieser ist zuständig für die Interpretation der Konventionen. Getan hat sich bisher aber nichts. „Der Konflikt ist nach wie vor nicht gelöst, sondern lediglich vertagt“, sagt Gewerkschafterin Vollmann.

Aus ihrer Sicht gibt es nur zwei Möglichkeiten. Entweder müsse man den Internationalen Gerichtshof in der Sache anrufen oder eine Art Sondertribunal einrichten, das dann das Mandat bekommt, die – aus Arbeitgeber\_innensicht – umstrittenen Konventionen 87 und 98 zu interpretieren. Einen konkreten zeitlichen Fahrplan gibt es bisher nicht. Vollmann plädiert dafür, zweigleisig zu fahren. Einerseits sollte in den Institutionen, also innerhalb der Arbeitgeber\_innenvereinigungen, der Gewerkschaften und auch der ILO intern über ein starkes Streikrecht diskutiert, andererseits sollten die Staaten auch stärker in die Pflicht genommen werden.

Die große Zahl der Menschen, die auf die Straße gehen, um sich gegen ihre Arbeitsbedingungen zu wehren, zeigt die Dringlichkeit für eine klare Linie, damit sie ihr Recht zu streiken auch vollständig ausüben können. Für die Griech\_innen und Südafrikaner\_innen könnte dies beispielsweise bedeuten, dass sie nicht weiter damit rechnen müssen, dass die Auflagen für einen legalen Streik verschärft werden. Gewerkschaften hätten mit eindeutigen ILO-Konventionen ein starkes Instrument, um gegen den Druck der Arbeitgeber\_innen vorzugehen.

Tanja Tricarico

 Die Journalistin beschäftigt sich seit Jahren mit den Rechten von Arbeitnehmer\_innen. Sie lebt in Berlin.



Foto: <http://underclassrising.net/flickr>, CC BY-SA 2.0

Ungleiche Machtverteilung: Streikteilnehmer in Griechenland versus Polizei



# Streik im 21. Jahrhundert – vielfältig und unverzichtbar

**Weltweit gibt es sehr unterschiedliche Streikkulturen. Aber immer bedeutet ein Streik einen Bruch mit dem Arbeitsalltag. Und für einen Erfolg braucht es mehr als nur den Willen, die Arbeit niederzulegen.**

Das Tarifjahr 2018 in Deutschland begann mit zwei Ausrufezeichen. Mehrere hunderttausend Beschäftigte in der Metall- und Elektroindustrie verhalfen mit umfangreichen Streikaktionen dem Thema Arbeitszeitverkürzung wieder zu neuer Aktualität. Dem folgten breit angelegte Warnstreiks in der Tarifrunde des Öffentlichen Dienstes, bei denen die Streikenden trotz spürbarer Auswirkungen auf den kommunalen Nahverkehr auf ausgesprochen großes Verständnis in der Öffentlichkeit stießen. Es scheint, als gebe es eine Renaissance des Streiks in Deutschland.

Zwar erreichen Streikende häufig mehr, als Unternehmen und öffentliche Arbeitgeber ohne Arbeitsniederlegungen zugestehen wollten. Aber zuweilen sind die Ergebnisse von Arbeitskämpfen auch bescheidener, als von den Streikenden erhofft – und es sind auch schon Streiks verloren gegangen.

*Zu streiken bedeutet immer auch, auf Widerstände gefasst zu sein.*

Streiks können – je nach Zeit und Umständen – sowohl Ausdruck offensiven Selbstvertrauens der Beschäftigten als auch defensive Abwehr unternehmerischer oder staatlicher Angriffe sein. Dies gilt für Streiks um Lohnforderungen



Foto: ILO in Asia and the Pacific/flickr, CC BY-NC-ND 2.0

Massenstreik der Gewerkschaftsverbände in Indien

auch solche, die mit zunehmender Dauer die materielle Existenz der Streikenden gefährden. Immer wieder werden Streikende entlassen, manchmal eingesperrt, im Extremfall sogar getötet. Es ist eine Errungenschaft, dass letzteres hierzulande Vergangenheit ist.

*Streiken enthält subversive Elemente von Selbstorganisation, Widersetzlichkeit und zivilem Ungehorsam.*

Streik ist nicht das einzige Mittel im Handlungsrepertoire von Beschäftigten und Gewerkschaften, doch kommt ihm eine besondere Bedeutung zu. Streiken bedeutet einen Bruch mit dem Arbeitsalltag und enthält subversive Elemente von Selbstorganisation, Widersetzlichkeit und zivilem Ungehorsam. Streiks können positive Erlebnisse sein, vor allem wenn durch sie eigene Stärke erfahren wird. Der Streik ist eng mit dem Recht auf gewerkschaftliche Organisation verbunden. Die Arbeitgeberseite hat sich damit bis heute nicht abgefunden, was sich daran zeigt, dass sie das Streikrecht nicht durch die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) geschützt sieht.

Beschäftigten, die nicht streiken können, bleibt nur kollektives Betteln oder die Hoffnung auf die Güte des Herrn. Dies wäre die Welt von Jeff Bezos und Co. Ob sie Wirklichkeit wird, entscheidet sich auch bei Amazon in Deutschland.

Heiner Dribbusch

Der Autor leitet das Referat Tarif- und Gewerkschaftspolitik beim Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung in Düsseldorf.



Foto: © Hans-Böckler-Stiftung



Müssen im Depot bleiben – Kölner Straßenbahnen nach Warnstreik im öffentlichen Dienst

Tatsächlich waren Streiks natürlich nie wirklich verschwunden. Doch sind sie öffentlich sichtbar geworden, seit häufiger als früher im Dienstleistungsbereich gestreikt wird. Beschäftigtengruppen wie etwa Erzieher\_innen, Krankenpfleger\_innen und Ärzt\_innen, die zuvor fast nie streikten, erkannten, dass die Zeiten, in denen Tarifvertrag und Tariferhöhung auch ohne eigenes Zutun gesichert schienen, vorbei sind.

Aber Streiks, erfolgreiche zumal, brauchen gute Voraussetzungen. Allein der Wille zur Arbeitsniederlegung garantiert noch nicht ihren Erfolg.

genauso wie für den politischen Generalstreik. Zum Arbeitskampf gehören immer mindestens zwei Seiten. Zu streiken bedeutet immer auch, auf Widerstände von Unternehmen und Staat gefasst zu sein.

In nicht wenigen Ländern der Welt gibt es kein oder nur ein sehr eingeschränktes Streikrecht. So unterschiedlich wie die Rahmenbedingungen sind auch die jeweiligen Streikkulturen. Manchmal streikt nur eine Handvoll von Beschäftigten, manchmal sind es wie in Indien weit mehr als 100 Millionen. Es gibt sehr fröhliche und entspannte Streikaktionen, aber

Foto: Marco Verch/flickr, CC BY 2.0



## Im Land der „wilden Streiks“

**In Vietnam haben Beschäftigte kaum die Möglichkeit, sich mit legalen Arbeitsniederlegungen gegen miese Arbeitsbedingungen zu wehren. Sogenannte wilde Streiks sind deshalb für sie das letzte Mittel, ihre Interessen durchzusetzen.**

In Biên Hòa vor den Toren der südvietnamesischen Wirtschaftsmetropole Ho-Chi-Minh-Stadt (Saigon) haben am 24. März 2018 tausende Beschäftigte des taiwanischen Schuhproduzenten Pou Chen ihre Arbeit niedergelegt. Laut dem Onlineportal VnExpress wehrten sie sich gegen ein neues betriebliches Lohnsystem. Die 21.600 Beschäftigten der Fabrik, die etwa für Adidas, Nike oder Puma Schuhe produzieren, befürchteten Reallohnsenkungen.



Foto: © Sven Hansen

Einen legalen Streik gab es noch nie – Fabrik für Outdoor-Artikel in Saigon

Etliche der Ausständigen besetzten auch die Fernstraße 1 K nach Saigon. Bei der gesamten Aktion handelte es sich um einen sogenannten wilden Streik, eine Arbeitsniederlegung ohne gesetzliche Grundlage. Denn Vietnam hat zwar seit 1995 das Streikrecht. Doch sind die juristischen Hürden für einen Ausstand so hoch, dass es noch nie zu einem legalen Streik kam. Auch der von der Kommunistischen Partei kontrollierte Gewerkschaftsdachverband VGCL (Vietnam General Confederation of Labour), in dem alle Betriebsgewerkschaften Mitglied sein müssen, hat noch nie zum Streik aufgerufen. Wer unabhängige Gewerkschaften gründen will, wird politisch verfolgt.

Zwischen 1995 und 2014 gab es laut VGCL 5.722 dieser wilden Streiks. Je höher die Inflation, desto größer ist die Streikbereitschaft. Der Höhepunkt war 2011 mit 981 Streiks. 2016 gab

es noch 314 Streiks. Gestreikt wird oft nicht nur für mehr Lohn, sondern auch für die Einhaltung gesetzlicher Rechte. 60 bis 80 Prozent aller Arbeitskämpfe gibt es im Süden in und um Saigon. 70 Prozent der Streiks finden in ausländischen Unternehmen statt, 24 Prozent in einheimischen Privatunternehmen. Staatsbetriebe, in denen der VGCL stark ist, werden fast nie bestreikt.

Die meisten Ausstände gibt es in der Textil- und Bekleidungsindustrie. Die Organisation der wilden Streiks erfolgt meist über informelle Netzwerke. Diese ergeben sich daraus, dass oft viele Arbeitsmigrant\_innen aus den gleichen Regionen stammen, in großen Wohnheimen zusammen untergebracht sind und sich über Messengerdienste austauschen. In Industriezonen



springen die Streiks häufig von einem Betrieb auf den anderen über. Erwin Schweishelm, Büroleiter der Friedrich-Ebert-Stiftung in Hanoi, sagt: „Im Prinzip handelt es sich um informelle Gewerkschaften, die das tun, wozu der offizielle Gewerkschaftsbund nicht in der Lage ist.“

Der VGCL zählt 8,95 Millionen Mitglieder in 123.000 Betriebsgewerkschaften. Der Organisationsgrad beträgt 47,8 Prozent. Vertreter\_innen des VGCL sitzen auch im Nationalen Lohnrat, der den regional differenzierten Mindestlohn festlegt. Für 2018 beträgt er umgerechnet 121 bis 175 Dollar monatlich bei gesetzlicher 48-Stundenwoche. Der VGCL vertritt jedoch weniger die Interessen der Beschäftigten, sondern ist Massenorganisation und Transmissionsriemen der allein herrschenden Kommunistischen Partei. Der VGCL-Vorsitzende Bui Van Cuong sitzt im KP-Zentralkomitee. Auf Firmenebene gehören


die Führer\_innen von Betriebsgewerkschaften oft zum Management. Sie kümmern sich eher um Betriebsausflüge und -feste und befrieden durch indirekte Kontrolle die Beschäftigten. Bei Arbeitskämpfen sind sie oft Vermittler\_innen, helfen nur indirekt, dass die wilden Streiks zu 90 Prozent erfolgreich sind. „Als Folge der Doi Moi genannten Reformpolitik, die den Einfluss ausländischer Investoren und der globalen Wirtschaft stärkte, haben sich die industriellen Beziehungen verändert. Um relevant zu bleiben, muss sich der VGCL zu einer echten Interessensvertretung der Beschäftigten entwickeln und unabhängiger von Partei und Staat werden, ein echtes Dilemma“, sagt Friedrich-Ebert-Mann Schweishelm.

Im transpazifischen Handelsabkommen TPP, das US-Präsident Donald Trump gekippt hat, hatte sich die Regierung in Hanoi verpflichtet, unabhängige Gewerkschaften zuzulassen. Ähnlich ist es im Entwurf für das europäisch-vietnamesische Freihandelsabkommen sowie im TPP-Nachfolgeabkommen CPTPP vorgesehen. Das wäre für Vietnam vor allem ideologisch ein großer Schritt. Doch ist zweifelhaft, ob die KP echte unabhängige Gewerkschaften zulassen wird. Zu groß ist die Angst vor einem ähnlichen Effekt wie in Polen, als die Solidarnoc zum Ende der KP-Herrschaft beitrug.

Streiks brechen meist aus, wenn Arbeitgeber\_innen Gesetze nicht respektieren oder im Nachhinein Regelungen zum Nachteil der Beschäftigten verändern. Arbeitsniederlegungen machen Druck auf die Behörden, sich für die Einhaltung einzusetzen. Weil sie in der Regel friedlich sind und nur einzelne Betriebe treffen, werden sie trotz der fehlenden gesetzlichen Grundlage meist geduldet. „Wilde Streiks helfen, unmittelbare Nöte der Arbeiter\_innen zu lindern. Aber sie tragen nichts zu Tarifverhandlungen bei, stärken nicht die gewerkschaftliche Organisation und die Entwicklung gesunder industrieller Beziehungen“, sagt Pham Thi Thu Lan vom Institute für Workers and Trade Unions (IWTU), das den VGCL berät.

2016 gab es eine Streikbewegung, die sich an die Regierung richtete. Die hatte Zahlungen in die Pensionskasse zum Nachteil der Beschäftigten geändert. Mit Streiks in Exportproduktionszonen konnten die Beschäftigten eine Rücknahme erreichen. Erfolgreich waren letztlich auch die Beschäftigten im Fall von Pou Chen. Der Streik ließ das Management zum ursprünglichen Lohnsystem zurückkehren.

Sven Hansen

 Der Journalist ist Asienspezialist und bereitet den Kontinent regelmäßig.



# Generalstreik? Aber ja!

**Unter dem Druck internationaler Geldgeber mussten Arbeitnehmer\_innen in Griechenland nicht nur Lohninbußen, sondern auch drastische Einschränkungen gewerkschaftlicher Rechte hinnehmen, darunter die Änderung des Streikrechts. Wehren können sich Beschäftigte aber doch.**

Die internationalen Gläubiger Griechenlands haben die Auszahlung der nächsten Rate für das im August 2018 auslaufende dritte Kreditprogramm davon abhängig gemacht, dass die Linksregierung unter Alexis Tsipras eine Reihe von Gesetzen ändert. Im Januar verabschiedete das griechische Parlament darum ein Paket mit 400 Artikeln, darunter die Neufassung des Streikrechts. Die größte Aufmerksamkeit im Ausland erlangte die Reform des Artikels 8 des Arbeitsgesetzes zum Streikrecht, auch wegen des großen Protestes von Gewerkschaften und Beschäftigten. Die Regierung wolle diese Änderung nicht, müsse sie aber auf Druck der Troika umsetzen, erklärte damals Finanzminister Euklid Tskalotos.



Foto: Babis Kavadias/flickr, CC BY-NC-ND 2.0

Griech\_innen protestieren gegen die Einschränkung des Streikrechts

„Die Änderungen sind aber nicht so dramatisch, wie sie in Deutschland dargestellt werden“, sagt Giorgos Chondros vom Parteivorstand der Regierungspartei Syriza. Die Erklärung: In Griechenland gibt es drei gewerkschaftliche Organisationsebenen, erstens die Basisorganisation für Betriebe auf örtlicher Ebene, zweitens berufsständische oder weltanschaulich ausgerichtete Verbände auf Landesebene. Drittens gibt es zwei Dachverbände der Gewerkschaften, GSEE für die Privatwirtschaft und ADEDY für den öffentlichen Dienst.

Bislang waren die Hürden sehr gering, damit Gewerkschaften zu einem Streik aufrufen konn-

ten. Dazu reichte es, dass im Betrieb bei der Streikversammlung ein Drittel der Mitglieder anwesend war, das sich mehrheitlich für einen Ausstand aussprechen musste. Waren weniger anwesend, konnte eine weitere Versammlung einberufen werden, die mit einem Viertel der Gewerkschaftsmitglieder des Betriebs beschlussfähig war. Kam auch das Viertel nicht zustande, reichte bei einer weiteren Versammlung ein Fünftel. Allerdings mussten sich dann drei Viertel der Anwesenden für einen Streik aussprechen.

Jetzt muss die Zustimmung zu einem Streik größer sein. Mindestens die Hälfte der Mitglieder muss bei der Abstimmung über einen Streik anwesend sein. Das betrifft aber nur die Basisorganisationen. Bei allen anderen Ebenen reichen nach wie vor Vorstandsbeschlüsse. Zum Vergleich: In Deutschland haben sich die Gewerkschaften selbst auferlegt, dass nur gestreikt wird, wenn 75 Prozent der Mitglieder bei einer Urabstimmung dafür stimmen. Weiterhin können in Griechenland die Gewerkschaften zum Generalstreik aufrufen.

„Die Gläubiger wollen mit der Änderung des Streikrechts eine Schwächung der Regierung erreichen“, sagt Giorgos Chondros. An der Streikfähigkeit der Beschäftigten ändere das neue Gesetz kaum etwas. Trotzdem wehren sich Gewerkschaften natürlich gegen die Einschränkung ihrer Rechte. Die Linksregierung hofft auf einen Nebeneffekt des geänderten Rechts: Dass es die Gewerkschaften zwingt, ihren Organisationsgrad zu erhöhen. Dieser ist mit weniger als 20 Prozent in der Privatwirtschaft sehr niedrig, im staatlichen Sektor schätzungsweise aber etwa drei Mal so hoch.

Vertreter\_innen von EU und Internationalem Währungsfonds hatten von der Regierung sehr viel weitgehendere Änderungen verlangt. So wollten die Geldgeber, dass ein höheres Beteiligungsquorum auf Branchen- und auf nationaler Ebene eingeführt wird. Außerdem verlangten sie die Einführung von Aussperrungsrechten für Arbeitgeber\_innen, die Legalisierung von Massenentlassungen und eine Änderung des Gesetzes, das Gewerkschafter\_innen vor willkürlichen Entlassungen schützt. Die Opposition kritisiert die Änderungen mit unterschiedlicher Zielrichtung. Die Kommunistische KKE etwa erklärte, die Neuregelung sei der Anfang vom Ende des Streikrechts. Betriebe mit mehr als

500 Mitarbeiter\_innen würden Schwierigkeiten bekommen, Streiks zu organisieren. Laut Regierung haben allerdings 90 Prozent der Betriebe



Foto: © Pascal Beucker

Giorgos Chondros – „Gläubiger wollen mit der Änderung des Streikrechts eine Schwächung der Regierung erreichen.“

in Griechenland nicht mehr als 20 Mitarbeitende. Der konservativen Nea Dimokratia dagegen gehen die Änderungen nicht weit genug. Sie fordert, dass nicht 50 Prozent der bei einer Versammlung anwesenden, sondern alle Gewerkschaftsmitglieder für einen Streik stimmen müssen.

Läuft das Kreditprogramm für Griechenland wie geplant im August aus, wird der Spielraum der Regierung größer, ungeliebte Auflagen loszuwerden. Die Geldgeber hatten 2012 unter der damaligen Regierung von PASOK und Nea Dimokratia das Ende des Flächentarifvertrags erzwungen. Früher fanden die vom Gewerkschaftsdachverband der Privatwirtschaft unterzeichneten Tarifverträge für alle Arbeitsverhältnisse Anwendung, die keinem Tarifvertrag unterlagen. Heute werden Tarifverträge nur noch auf Betriebsebene ausgehandelt, die Gewerkschaften müssen nicht mehr Verhandlungspartner sein.

---

*Läuft das Kreditprogramm wie geplant aus, wird der Spielraum der griechischen Regierung größer, ungeliebte Auflagen loszuwerden.*

---

Die Zerschlagung des griechischen Tarifsystems stößt international auf Kritik, der DGB etwa fordert eine Wiedereinsetzung des Tarifrechts. „Wir hoffen, nach dem Auslaufen des aktuellen Programms ein normaler Staat wie Portugal oder Italien zu werden“, sagt Finanzminister Tskalotos. „Dann kehren wir auch wieder zu kollektiven Tarifverträgen zurück.“

Anja Krüger



Die Autorin lebt als Journalistin in Berlin und reist regelmäßig nach Athen.



# „Diese Spaltung schwächt die Kampfkraft der Gewerkschaften“

**Bislang dürfen Beamt\_innen in Deutschland nicht streiken. GEW-Experte Daniel Merbitz erklärt, warum dieses generelle Verbot internationalem Recht widerspricht.**

*Nord|Süd news: Herr Merbitz, das Bundesverfassungsgericht berät derzeit über das Streikverbot für Beamte. Was ist der Anlass?*

Daniel Merbitz: Es gibt einen Widerspruch zwischen internationalem, auch Deutschland bindendem Recht und der tradierten deutschen Rechtsprechung, die es Beamt\_innen verbietet zu streiken. Die GEW macht sich schon seit den 1970er-Jahren dafür stark, dass das Streikverbot für verbeamtete Lehrer\_innen fällt. Beamt\_innen dürfen nicht streiken – diese konservative Rechtsauffassung herrscht unter Jurist\_innen in Deutschland. In der Vergangenheit sind jedoch immer wieder auch verbeamtete Lehrer\_innen den Streikaufrufen der GEW gefolgt und haben Disziplinarmaßnahmen in Kauf genommen, aber auch Verweise oder Rügen. Um die mit internationalem Recht nicht mehr vereinbare konservative Rechtsauffassung zu verändern, hat die GEW einzelne Kolleg\_innen unterstützt, wenn sie gegen die Disziplinarmaßnahmen klagten wollten – teilweise mit Erfolg!

*Das generelle Beamtenstreikverbot ist eine besondere deutsche Eigenart. Woher kommt es?*

Es geht um die im Grundgesetz verankerten hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums. Bei diesen handelt es sich teils um bis weit ins 19. Jahrhundert zurückreichende Traditionen. Von zentraler Bedeutung sind die „besondere Treuepflicht“ sowie die „amtsangemessene Alimentation“. Dahinter verbirgt sich das Verständnis, dass Beamt\_innen nicht für eine bestimmte Leistung bezahlt, sondern der Würde ihres Amtes entsprechend ausreichend alimentiert werden, um sich unabhängig und frei von Existenzsorgen ganz der Amtsführung hingeben zu können. Aus der Verbindung dieser beiden Grundsätze wird von konservativen Jurist\_innen bis heute das Streikverbot abgeleitet: Wer verbeamtet ist, darf und muss nicht streiken. Nach Auffassung von DGB, GEW und ver.di lässt sich jedoch ein generelles Streikverbot für Beamt\_innen aufgrund der Entwicklung des Völkerrechts und dessen Auslegung in Deutschland nicht aufrechterhalten.

*Fordern Sie das Streikrecht für alle Beamt\_innen oder gibt es auch Einschränkungen, die Sie für richtig halten?*

Die GEW fordert kein pauschales Streikrecht, sondern stemmt sich gegen das Verwehren dieses Grundrechtes für nicht hoheitliche Tätigkeiten. Einschränkungen des Streikrechts sind im internationalen Recht nur zulässig auf gesetzlicher Grundlage und ausschließlich dort, wo die Beschäftigten im engen Sinne hoheitlich tätig sind wie Polizei, Justizvollzug und Streitkräfte.



Foto: © Daniel Merbitz

Zeit für ein neues Streikrecht – Beamt\_innendemo der GEW in Magdeburg

*In der Bundesrepublik gibt es angestellte und verbeamtete Lehrer\_innen. Die einen dürfen streiken, die anderen nicht. Welche Auswirkungen hat das auf gewerkschaftliche Arbeitskämpfe?*

Die verbeamteten GEW-Mitglieder unterstützen ihre angestellten Kolleg\_innen während der Tarifrunden. Denn in der Regel ruft die Bildungsgewerkschaft auch zu Demonstrationen und Aktionen auf. An diesen nehmen die Beamt\_innen teil und protestieren Seite an Seite mit den Tarifbeschäftigten. Ohne Disziplinarmaßnahmen fürchten zu müssen, können bei Streikaktionen in Tarifeinvernehmungen derzeit jedoch nur die angestellten Lehrkräfte einbezogen werden. Allein diese Spaltung schwächt die Kampfkraft der Gewerkschaften. Es ist außerdem zu bedenken, dass die zentralen Arbeitsbedingungen – wie Eingruppierung und Pflichtstunden – so-

wohl für angestellte als auch verbeamtete Lehrkräfte unmittelbar am Beamtenrecht der Länder dran hängen. Die Folge: Für diese Themen kann nicht gestreikt werden. Damit gibt es in den Auseinandersetzungen mit den Ländern ein echtes Ungleichgewicht zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften. Zu Lasten der Beschäftigten.

*Was gibt Ihnen die Hoffnung, dass das Bundesverfassungsgericht das generelle Streikverbot für Beamt\_innen kippen könnte?*

2014 sah das Bundesverwaltungsgericht einen offensichtlichen Widerspruch zwischen dem für Deutschland bindenden internationalen Recht, wie der Europäischen Menschenrechtskonvention, und dem nationalen Verfassungsrecht. Das Bundesverwaltungsgericht vertritt die Auffassung, dass dieser Widerspruch nur durch den Gesetzgeber aufgelöst werden kann. Bis dahin allerdings gelte das Beamtenstreikverbot fort. Als sich die Bundesregierung Anfang 2015 erneut wegen des Beamtenstreikverbots vor der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) rechtfertigen musste, zog sie sich zurück, sie wolle dem Bundesverfassungsgericht nicht vorgreifen. Da Urteile des Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte grundsätzlich auch auf Deutschland angewendet werden, war das der richtige Zeitpunkt, das Beamtenstreikrecht gerichtlich überprüfen zu lassen. Dass Lehrkräfte nicht hoheitlich tätig sind, ist heute weitgehend unstrittig, daher sind die Aussichten auf einen Erfolg nicht schlecht. Genaue Vorhersagen zum Urteil des Bundesverfassungsgerichtes sind dennoch nicht möglich.

*Bis wann rechnen Sie mit einer Entscheidung der Karlsruher Richter\_innen?*

Dies kann ich nicht seriös beantworten. Es wäre reine Spekulation. Ich rechne aber noch in diesem Jahr mit einer Entscheidung.

Interview: Pascal Beucker



Foto: © GEW

Daniel Merbitz ist Jurist und bei der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, GEW, zuständig für Tarif- und Beamtenpolitik.



# Gewerkschaften stützen inhaftierten Lula da Silva

**Trotz Haft bleibt Brasiliens Ex-Präsident Spitzenkandidat der Arbeiterpartei für die Wahl im Oktober. Doch das Land ist tief gespalten. Die Lage ist für Gewerkschaften brenzlich.**

Mitten im konservativen Rollback in Brasilien kommt die nächste Eskalation: Der ehemalige Präsident Luiz Inácio Lula da Silva wird Anfang April in der südbrasilianischen Stadt inhaftiert. Die Fronten im ohnehin politisch gespaltenen Land werden vertieft. So ist für Vagner Freitas, Präsident des größten Gewerkschaftsverbands CUT, Central Única dos Trabalhadores, die Inhaftierung Teil des Wahlkampfes.

*„Heute ist Brasilien keine Demokratie mehr.“*

„Wenn Lula nicht Präsidentschaftskandidat wäre, wäre er noch auf freiem Fuß“, sagt er. Und weiter: „Heute ist Brasilien keine Demokratie mehr.“

Der nach wie vor sehr populäre Lula führt in allen Umfragen für die Präsidentschaftswahl im Oktober mit Abstand vor all seinen Mitstreiter\_innen. Doch während seine Arbeiterpartei PT trotz dessen Gangs hinter Gitter auf einer Kandidatur Lulas besteht, ist nicht ausgemacht, dass er auch antreten darf. Ein einst von ihm selbst unterzeichnetes Gesetz sieht vor, dass eine Verurteilung in zweiter Instanz den Ausschluss von öffentlichen Ämtern nach sich zieht. Das letzte Wort wird wohl das Oberste Wahlgericht haben.

In zwei äußerst umstrittenen Urteilen wurde Lula da Silva wegen Korruption und Geldwäsche zu über zwölf Jahren Haft verurteilt. Angeblich als Gegenleistung für politische Gefälligkeiten habe ihm ein Baukonzern ein Strandapartment überlassen, so die Anklage, die keine materiellen Beweise für die These vorlegte. Die politische Rechte, die 2016 schon Lulas Nachfolgerin Dilma Rousseff per Amtsenthebungsverfahren aus dem Amt drängte, frohlockt. Der ehemalige Gewerkschafter Lula widersetzte sich dem Haftbefehl, den der Korruptionsrichter Sérgio Moro übereilt ausgestellt hatte, so lange es ging. Statt der Vorladung Folge zu leisten, verschanzte er sich mit tausenden Anhänger\_innen zwei Tage lang in der Zentrale der Metallgewerkschaft seiner Heimatstadt São Bernardo do Campo. Auf einer im-



Ex-Präsident Lula da Silva, getragen von seinen Anhänger\_innen auf dem Weg zur Gedenkveranstaltung für seine verstorbene Frau

Foto: © CUT/R. Parizotti

provisierten Bühne wurde vor dem Gebäude ein Gottesdienst zum Jahrestag des Todes von Lulas Frau Marisa gefeiert. Dann verwandelte Lula die Stunden vor seiner Inhaftierung in eine politische Veranstaltung, in der er im Beisein zahlreicher Weggefährter\_innen die sozialen Erfolge seiner Regierungszeit von 2003 bis 2010 aufzählte und den Massenmedien und der Justiz politische Manipulation vorwarf. Er werde sich dem Richterspruch beugen, aber nie verzeihen, dass er zu einem Kriminellen gestempelt werden soll.

Der von Einigen erhoffte Aufstand nach der Inhaftierung von Lula blieb aus. Dennoch hat das Geschehen mobilisierenden Effekt. Hunderte Unterstützer\_innen bauten in der Nähe der Haftanstalt ein Protestcamp auf. Für einige Rechte offenbar eine Provokation: Immer wieder kommt es zu Anfeindungen durch die Anwohner\_innen, und Ende April schoss ein Unbekannter wahllos auf die Aktivist\_innen und verletzte zwei von ihnen. „Ein terroristischer Anschlag“, prangerte die PT-Vorsitzende Gleisi Hoffmann an.


Der Chef des Gewerkschaftsverbands UGT, der União Geral dos Trabalhadores, Francisco Canindé Pegado, bezeichnet die Inhaftierung Lula da Silvas als „willkürlich, einen Frontalangriff auf den Rechtsstaat“. Der internationale Gewerkschaftsbund IGB rief seine Mitglieder zu Aktionen zur Freilassung von Lula da Silva auf.

Für die Gewerkschaften Brasiliens ist die Lage brenzlich. Zum einen sind sie mit neuen sozialen Herausforderungen konfrontiert, seitdem die Regierung unter Präsident Michel Temer staatliche Hilfsleistungen in Rekordtempo zusammenstreicht. Auch die Arbeitslosenquote liegt in Folge der Wirtschaftskrise bei über

12 Prozent und mit fast 13 Millionen Betroffenen auf Rekordhöhe. Zum anderen bedeutet das neue Arbeitsgesetz neben der Flexibilisierung der Beschäftigungsverhältnisse auch einen schweren finanziellen Schlag für die Gewerkschaften, da es die bislang gültigen Pflichtbeiträge für Arbeitnehmer\_innenvertretungen ersatzlos gestrichen hat. „Diese neue Beitragsregel hat dazu geführt, dass Gewerkschaften auf allen Ebenen bis zur Hälfte ihres Personals kündigen mussten“, erklärt Niklaas Hofmann, Direktor des Regionalbüros des DGB Bildungswerk BUND in der Industriemetropole São Paulo.

Auch der einhellige Einsatz für den ehemaligen Metallgewerkschafter Lula da Silva ist nicht ohne Risiko. Denn trotz der breiten Kritik an der fragwürdigen Verurteilung Lulas besteht weitgehend Konsens, dass das zutiefst korrupte Politssystem Brasiliens juristisch angegangen werden muss. „Es steht die Frage im Raum, ob sich die Arbeiterpartei PT einen Gefallen damit tut, wenn sie im Kontext des Streits um Lula vollkommen darauf verzichtet, die Korruption in den eigenen Reihen zu thematisieren“, sagt Hofmann.

Andreas Behn

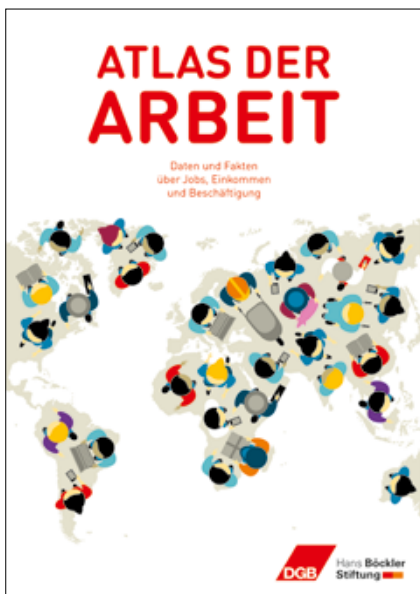
 Der Autor lebt in Rio de Janeiro und berichtet seit Jahren aus Südamerika.



In Kürze

## Erster Atlas der Arbeit

„Die Verweigerung des Streikrechts und zunehmende Repressionen sind die beiden stärker werdenden Trends, gegen die sich Beschäftigte und ihre Gewerkschaften weltweit wehren“: Das Thema der vorliegenden Nord-Süd news ist auch Teil des ersten „Atlas der Arbeit“, den der Deutsche Gewerkschaftsbund gemeinsam mit der Hans-Böckler-Stiftung erstellt hat. Auf 64 reich mit Grafiken versehenen Seiten geht es um Einkommen, Gewerkschaften, Sklaverei, Arbeitskämpfe und ganze Branchen. Die Autor\_innen vergleichen Systeme in verschiedenen Staaten und beschreiben, welche Konzepte Gewerkschaften haben und wie Arbeitsbedingungen gestaltet werden können. Sie zeigen aber auch, wie weit wir noch von dem Ziel entfernt sind, allen Beschäftigten gute Rahmenbedingungen und gleiche Rechte bei der Arbeit zu bieten – und wo politisches Handeln notwendig ist. Ein Standardwerk für jede\_n, die oder der mit Arbeit zu tun hat.

Download: [www.dgb.de/atlas-der-arbeit](http://www.dgb.de/atlas-der-arbeit)

Buchcover: © Grafik: Ellen Stockmar, Illustration: Ilya Rymyantshev/fotolia.com

## Migration leichter gemacht

Arbeitsvermittler, sogenannte Recruitment Agencies, sind für Migrationswillige der wichtigste Ansprechpartner, wenn sie sich über ihr Zielland informieren wollen. Aber wem kann man trauen? Wer ist wie gut? Der Internationale Gewerkschaftsbund hat gemeinsam mit der ILO Fair Recruitment Initiative eine Plattform entwickelt, die dabei helfen soll sich zurechtzu-

finden. Der „Recruitment Advisor“ zeigt nicht nur, wer wo tätig ist und informiert Arbeitsmigrant\_innen über ihre Rechte, er bietet auch ein Forum, auf dem sie sich über Erfahrungen austauschen können. Wer wissen will, was wo los ist und dazu Kommentare von Betroffenen aus erster Hand lesen will, ist hier richtig.

Mehr Infos: [www.recruitmentadvisor.org](http://www.recruitmentadvisor.org)

© www.recruitmentadvisor.org

## Neuer ILO-Standard gefordert

In der internationalen Arbeit muss die Geschlechterperspektive gestärkt werden. Das gehört zu den Beschlüssen des DGB-Bundeskongresses 2018. Die Delegierten des Parlaments der Arbeit bekräftigten unter anderem, dass sie den ILO-Prozess für einen Arbeits- und Sozialstandard „Gewalt gegen Frauen und Männer am Arbeitsplatz“ unterstützen wollen. Sie forderten die Bundesregierung und die Arbeitgeber sowie deren Vereinigungen auf, eine entsprechende Konvention plus Empfehlung auf der ILO-Arbeitskonferenz 2018 im Juni zu pushen und mitzutragen. Gewerkschaften und Zivilgesellschaften sollen das Vorhaben politisch begleiten und sich bei den entsprechenden Ministerien aktiv einsetzen.

Alle Beschlüsse: [http://bundeskongress.dgb.de/beschluesse\\_1](http://bundeskongress.dgb.de/beschluesse_1)

## Filmtipp: Kolyma

Was machen Arbeitslager mit der Region, in der sie liegen? Sie verändern sie nachhaltig – oder auch nicht. Das zeigt die Dokumentation „Kolyma – Straße der Knochen“ des russischen Regisseurs Stanislaw Mucha. Am Oberlauf des Flusses Kolyma gab es während des Kalten Krieges etliche solcher Lager, in denen Gefangene nach Gold und andere Mineralien schürfen mussten. Mucha begibt sich auf Spurensuche und findet kuriose Geschichten und Menschen, die heute auf dem „längsten Friedhof der Welt“ allherd



Foto: © Wfilm – TAG/TRAUM Filmproduktion

prekären Beschäftigungen nachgehen. Ein unsentimentaler, nach vorne gerichteter Blick in eine sehr spezielle Region.

Filmstart: Am 21. Juni 2018

Mehr Infos: [www.wfilm.de/kolyma](http://www.wfilm.de/kolyma)

## Vorbereitung für L-20

Existenzsichernde Löhne – oder besser Living Wages – gehören auf die Agenda des G-20-Treffens 2018, das Ende November in Buenos Aires stattfinden wird. Das ist das Ziel der Gewerkschaften aus den 20 wichtigsten Industrie- und Schwellenländern. Auf dem L-20-Treffen der Arbeitsminister wollen sie für das Projekt werben. Das Hintergrundpapier dafür ist nun online und zeigt, dass es – trotz teils hoher Profite – in vielen Ländern einen Trend zur Stagnation der Löhne und Einkommen gibt. Dahinter stehen die Schwächung von Kollektivverhandlungen wie in Griechenland, ein wachsender Niedriglohnsektor und zunehmende prekäre Arbeit sowie technologische Veränderungen und steigende Unternehmensmacht.

### IMPRESSUM

Herausgeber: DGB Bildungswerk e.V.  
Vorsitzende: Elke Hannack  
Geschäftsführerin: Claudia Meyer  
Verantwortlich: André Edelhoff  
Redaktion: Hanna Gersmann, Beate Willms  
Satz: Achim Konopatzki

DGB Bildungswerk BUND  
Nord|Süd-Netz  
Hans-Böckler-Straße 39  
40476 Düsseldorf

Tel.: 0211/4301-329  
Fax: 0211/4301-500  
[nord-sued-netz@dgb-bildungswerk.de](mailto:nord-sued-netz@dgb-bildungswerk.de)

[www.dgb-bildungswerk.de](http://www.dgb-bildungswerk.de)  
[www.nord-sued-netz.de](http://www.nord-sued-netz.de)

Der Herausgeber ist für den Inhalt allein verantwortlich.  
Die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt von ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH und dem BMZ wieder.

Gefördert von ENGAGEMENT GLOBAL im Auftrag des

**BMZ**Bundesministerium für  
wirtschaftliche Zusammenarbeit  
und Entwicklung



Hier erfährst du, was Bildungsurlaub ist:  
[www.dgb-bestellservice.de/besys\\_dgb/pdf/Bildungsurlaub/Broschuere\\_Bildungsurlaub.pdf](http://www.dgb-bestellservice.de/besys_dgb/pdf/Bildungsurlaub/Broschuere_Bildungsurlaub.pdf)



**BILDUNGSURLAUB**

**Die Grenzen des Wachstums sind erreicht! Wie könnte eine alternative Wirtschaft aussehen?**

Was bedeutet eigentlich Nachhaltigkeit? Wie soll ich den Verlauf der Wirtschaft beeinflussen können? Wenn ökologische Ressourcen endlich sind, wie könnte es denn danach weitergehen? Gibt es Alternativen zu Wohlstand durch Wachstum? Die derzeitige Wirtschaftsdeologie (oder -ordnung) stößt immer sichtbarer an ihre Grenzen. Dieses Seminar lädt dazu ein, sich darüber Gedanken zu machen, was Nachhaltigkeit sein kann. Sowohl ökologische, als auch soziale Konsequenzen einer Konsum – und Leistungsorientierung werden spürbar. Sie belasten unsere Umwelt und die physische und psychische Gesundheit der Menschen.



Foto: © hkeita / Shutterstock

**Veranstaltung**

im DGB Tagungszentrum  
 Hattingen

Beginn: 04.11.2018, 19:00 Uhr  
 Ende: 09.11.2018, 12:15 Uhr

**Hinweis**

Kostenbeteiligung: 160,- €

**Weitere Details**

[www.forum-politische-bildung.de/awi](http://www.forum-politische-bildung.de/awi)

[ZUR ONLINEANMELDUNG](#)

**BILDUNGSURLAUB**

**Der Griff nach der Nahrung – Interessen der Märkte contra Menschenrecht auf Nahrung?**

Der Zahl der hungernden Menschen weltweit nimmt wieder zu. Die Ursachen dafür werden meistens sehr verkürzt wiedergegeben. In diesem Seminar versuchen wir, Zusammenhänge zu verstehen: Was haben aktuelle Marktentwicklungen mit Lebensmittelskandalen und Mangelernährung weltweit zu tun? Welche Gemeinsamkeiten gibt es in den Entwicklungen in Europa und im globalen Süden? Ist Hunger ein Problem der Verteilung? Wem gehören Land, Wasser und Saatgut und wer ernährt die Menschheit eigentlich? Ebenso werden wir lernen, welche Alternativen weltweit entwickelt werden. Eine Exkursion gibt uns einen Einblick, wie ökologische und solidarische Landwirtschaft aussehen kann.



Foto: FMSC/flickr, CC BY-ND 2.0

**Veranstaltung**

im DGB Tagungszentrum  
 Hattingen

Beginn: 18.11.2018, 19:00 Uhr  
 Ende: 23.11.2018, 12:15 Uhr

**Hinweise**

Kostenbeteiligung: 150,- €  
 Exkursion inklusive

**Weitere Details**

[www.forum-politische-bildung.de/rez](http://www.forum-politische-bildung.de/rez)

[ZUR ONLINEANMELDUNG](#)

**BILDUNGSURLAUB**

**Freihandel über alles – Unterwandert der globale Poker um Profite die Demokratie?**

Auch wenn die TTIP-Verhandlungen zunächst ausgesetzt wurden – schon jetzt sind weitere Freihandelsabkommen still und leise in Verhandlung: von EPAs, über TPP bis hin zum Dienstleistungsabkommen TISA. Die Kritik ist vielfältig: Nicht demokratisch legitimierte Schiedsgerichtshöfe für multinationale Unternehmen, die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen und Unterwanderung von Arbeitnehmendenrechten – Werden unsere demokratischen Rechte ausgehebelt? Wir erarbeiten uns in diesem Seminar Inhalte und Folgen von internationalen Freihandelsabkommen und betrachten dabei u. a. die Auswirkungen auf demokratische Rechte in den Ländern des globalen Südens und bei uns.



Foto: Michaela/flickr, CC BY-NC-ND 2.0

**Veranstaltung**

im DGB Tagungszentrum  
 Hattingen

Beginn: 18.11.2018, 19:00 Uhr  
 Ende: 23.11.2018, 12:15 Uhr

**Hinweis**

Kostenbeteiligung: 150,- €

**Weitere Details**

[www.forum-politische-bildung.de/tcc](http://www.forum-politische-bildung.de/tcc)

[ZUR ONLINEANMELDUNG](#)

**BILDUNGSURLAUB**

**Die Welt in Bewegung – Flucht, Arbeitsmigration und Einwanderungspolitik heute**

Migration über Landesgrenzen hinweg ist ein weltweites Phänomen. Doch welches sind die Beweggründe für eine Abwanderung? Was bedeutet massenhafte Abwanderung für das Herkunftsland und was erwartet sie im Zielland? Unseren Blick richten wir auf die Einwanderungspolitik und -kultur in Europa und Deutschland. Wir fragen nach rechtlichen Regelungen und Lebensumständen von Flüchtlingen und Asylsuchenden. Und wir schauen auf die Lebens- und Arbeitsbedingungen von Arbeitsmigrant\_innen. Schließlich diskutieren wir Möglichkeiten im Umgang mit Zuwanderung und Anstrengungen, um die wachsende Vielfalt der Bevölkerung einzustellen.



© Veneridis Vasilis / shutterstock.com

**Veranstaltung**

im DGB Tagungszentrum  
 Hattingen

Beginn: 25.11.2018, 19:00 Uhr  
 Ende: 30.11.2018, 12:15 Uhr

**Hinweise**

Kostenbeteiligung: 160,- €

**Weitere Details**

[www.forum-politische-bildung.de/mig](http://www.forum-politische-bildung.de/mig)

[ZUR ONLINEANMELDUNG](#)



2017

## Arbeiten und Wirtschaften in den Grenzen des Wachstums

Es ist eine der großen Fragen unserer Zeit, vielleicht die drängendste: Wie können wir unsere Wirtschaft so gestalten, dass wir auf einem Planeten mit begrenzten Ressourcen eine global sozial gerechte Gesellschaft ermöglichen? Und wie erreichen wir den dafür notwendigen großen Wandel, der das Wohlergehen der Menschen und des Planeten, auf dem wir leben, in den Mittelpunkt stellt statt das Wachstum um jeden Preis?

Nur allzu oft werden in der Diskussion ökologisches, faires Wirtschaften und Standortpolitik samt Arbeitsplätzen gegeneinander ausgespielt. Welche Vision haben wir als Gewerkschaften für eine Wirtschaft, die Wachstum nicht über alles stellt? Im Fokus der Broschüre stehen die vielfältigen Formen würdiger Arbeit und die Notwendigkeit einer Demokratisierung und internationaler Solidarität angesichts der aktuellen globalen Entwicklung mit ihren wachsenden Machtungleichgewichten.



Broschüre DIN A4, 68 Seiten

- Online-Flipbook zum Durchblättern
- Bestellung der Printausgabe
- PDF-Download

2015/2016

## Ohne Not flieht niemand! Flucht – Asyl – Migration und Menschenrecht heute

Warum verlassen Menschen ihre Heimat, wandern aus, fliehen? Und was ist der Anteil der Länder des Nordens daran? Wie organisiert man eine humanitäre Aufnahme von Geflüchteten, wie sieht eine ernstzunehmende Integration aus? Im öffentlichen Diskurs sind diese Fragen längst von neuen Abschottungsstrategien in den Hintergrund gedrängt worden. Das DGB Bildungswerk BUND will sie mit dieser Broschüre wieder in den Mittelpunkt rücken.

Unter dem Titel „Ohne Not flieht niemand. Flucht – Asyl – Migration und Menschenrecht heute“ geht es darin um die Ursachen von Flucht und Vertreibung sowie den Zusammenhang zwischen Migration und nachhaltiger Entwicklung. Asylpolitik und die Migrationsagenda der EU werden kritisch analysiert und Alternativen aufgezeigt.



Broschüre DIN A4, 60 Seiten

- Online-Flipbook zum Durchblättern
- Bestellung der Printausgabe
- PDF-Download

2016

## Moderne Sklaverei. Nicht tolerierbar, nicht akzeptabel und nicht verhandelbar

Nach Zahlen der ILO leben heute global mehr als 21 Millionen Menschen in Sklaverei, sklavereiähnlichen Bedingungen und Zwangsarbeit. Das heißt, dass zu einem einzigen Zeitpunkt in der Geschichte mehr Menschen betroffen sind als insgesamt während drei Jahrhunderten transatlantischen Sklavenhandels.

In Europa – ja, auch hier – leben in absoluten Zahlen die meisten SklavInnen in der Türkei: 185.500 Menschen. Dahinter verbirgt sich eine hohe Anzahl an Kinderheiraten, Zwangsarbeit und Menschenhandel zur sexuellen Ausbeutung. Auch in Polen ist moderne Sklaverei relativ stark verbreitet, die zum Teil auf der Ausbeutung billiger Arbeitskräfte aus anderen osteuropäischen Staaten sowie aus Südostasien basiert. In Deutschland findet sie vor allem in Form von Arbeitsausbeutung und Zwangsprostitution statt. Das fordert uns Gewerkschaften heraus.



Broschüre DIN A4, 76 (78) Seiten

- Online-Flipbook zum Durchblättern (78 S.)
- Bestellung der Printausgabe
- PDF-Download

2014

## Kernarbeitsnormen der ILO – Gute Arbeit weltweit!

Jeder zweite Arbeitsplatz, der heute in Deutschland entsteht, ist prekär, das heißt: sozial und arbeitsrechtlich nicht abgesichert und oft nicht existenzsichernd. Es handelt sich um befristete oder erzwungene Teilzeitarbeit, Leiharbeit, Arbeit mit Werkverträgen oder auch Arbeit im informellen Sektor. Weltweit müssen bereits bis zu 30 Millionen Menschen unter sklavereiähnlichen Bedingungen arbeiten. Besonders gefährdet, in solche Arbeits- und Ausbeutungsverhältnisse hineinzurutschen, sind Frauen und junge Menschen, sogar Kinder.

Wie Menschen damit leben, was lokale und globale Handlungsoptionen, wer die Akteure sein können, um diesen massiven Trend zur Prekarisierung zu stoppen und umzudrehen, fasst die Broschüre „Kernarbeitsnormen der ILO – Gute Arbeit weltweit!“ zusammen.



Broschüre DIN A4, 60 Seiten

- Online-Flipbook zum Durchblättern
- Bestellung der Printausgabe
- PDF-Download